

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

5. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

10. März 2009



WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE

Samstag, 28. März 2009

Bundesweite Demonstrationen in Berlin und Frankfurt/Main

Am 28. März 2009 sind unter dem Motto „Wir zahlen nicht für Eure Krise - Für eine solidarische Gesellschaft“ Demonstrationen in Berlin und Frankfurt am Main geplant. Die Demonstrationen sollen den Auftakt für eine Vielzahl von Protesten und Aktionen für das Jahr 2009 bilden. Sie sind auch der Beginn einer Aktionswoche gegen Krise und Krieg, die am 28. März 2009 beginnt und mit den No-Nato-Protesten Anfang April in Straßburg und Baden-Baden endet. Es ist wichtig, dass die Demonstrationen am 28. März 2009 ein eindrucksvolles Zeichen setzen!

In Deutschland hat sich ein bundesweites Bündnis gebildet, um diese Demonstrationen vorzubereiten. Am 10. und 11. Januar 2009 haben sich Vertreterinnen und Vertreter von 150 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen in Paris getroffen. Diese Organisationen rufen aus Anlass des G-20-Treffens am 2. April 2009 in London zu einem Europäischen Aktionstag mit Demonstrationen in vielen Städten am 28. März 2009 auf.

Der Parteivorstand DIE LINKE begrüßt, dass sich ein breites Bündnis zur Vorbereitung von Demonstrationen und weiteren Aktionen angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise gebildet hat und beschließt die Beteiligung an den Demonstrationen gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Proteste sind der Auftakt für eine Aktionswoche gegen Krise und Krieg, die am 28.03. beginnt und mit den No-NATO-Protesten endet. Der Parteivorstand ruft alle Mitglieder und Sympathisant/innen auf, sich an den Demonstrationen am 28. März 2009 in Berlin und Frankfurt am Main zu beteiligen. Alle Gliederungen der Partei werden aufgefordert, für die Demonstrationen zu werben (Beschluss vom 19. Januar 2009).

Der Stadtvorstand Halle ruft Mitglieder und Freunde unserer Partei in Halle auf, sich ebenfalls an der Demonstration zu beteiligen. Bei entsprechender Nachfrage werden wir mit einem eigenen Bus nach Berlin anreisen, ansonsten die Bildung von Fahrgemeinschaften unterstützen.



**28.
März
2009**

Auftakt 12 Uhr

Frankfurt am Main

- Hbf &
Bockenheimer Warte

Berlin

- Rotes Rathaus

Anmeldung für Bustransfer (Mindestteilnehmerzahl 20)

- im Stadtvorstand, Blumenstraße 16, Dienstags 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr, Telefon 20 255 90
e-mail: info@dielinke-halle.de
- Kosten 15,00 • (7,50 • für Genossen mit geringem Einkommen)

Bildung wirkt. Aber wir wollen mehr!

Birke Bull

Bildung macht stark.

Das würde wohl niemand bestreiten. Und so hat Bildung auch Frauen und Mädchen stark gemacht. Richtig gute Leistungen in der Schule, das ist mittlerweile ihr Markenzeichen. Sie haben die besseren Noten in der Sekundarschule und schließen sie erfolgreicher ab. Mittlerweile ist auch die Mehrheit der AbiturientInnen weiblich. Das Studieren ist nun ganz selbstverständlich auch Frauensache! Ende gut, alles gut?

Frauen verdienen nach wie vor mehr als ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen. So genannte Frauenberufe werden vergleichsweise schlechter bezahlt als die so genannten Männerberufe. Trotz besserer Qualifikation begnügen sich die Mädchen in ihrer Mehrheit mit lediglich 10 Ausbildungsberufen, die Jungen dagegen wählen deutlich vielfältiger - vor allem aber lukrativer und zukunftssträchtiger. Welche Mechanismen wirken da? Wird die Friseurin schlechter bezahlt, weil sie eine Frau ist? Wie kommt es, dass junge Frauen mit Technik und Naturwissenschaften so gar nicht viel an der Mütze haben? Immerhin würden sich dadurch im wahrsten Sinne lohnendere Perspektiven eröffnen. Welche heimliche Steuerung ist hier am Werke? Und vor allem: wie kann man umsteuern? In den zukunftssträchtigen (informations-) technologischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen sind die jungen Frauen eher die Ausnahme als die Normalität. Aber nicht nur eine solche horizontale Teilung des Arbeitsmarktes ist ein Problem mit

schwerwiegenden Folgen.

Nehmen wir einen eher frauentypischen Bereich: die Schule. Die Mehrzahl der LehrerInnen sind Frauen. Allein damit stellen sich schon schwierige Fragen:

Woher nehmen die Jungen ihre Männer(vor)bilder?

Mit wem können sie mal ein paar „Fragen unter Männern“ klären?

Aber davon mal abgesehen:

Frage sich doch der geneigte Leser oder die geneigte Leserin einmal, wie hoch schätzt er oder sie denn den Anteil der Frauen an den Schulleitungen?

Allein die Tatsache, dass sich da wahrscheinlich niemand verschätzt, macht klar: Führung erscheint mitunter geradezu selbstverständlich als Männersache. Warum eigentlich? Weil die heimliche Zuständigkeit von Frauen für die Familienarbeit die ideale Ergänzung dafür ist. Weil die Arbeit in den Führungsetagen noch extrem selten als familienfreundliche Arbeitszeitmodelle denkbar sind. Weil Schulbücher, Fernsehen, Zeitungen, Alltagssprache, Erwartungshaltungen, Gesetze, Regeln und Parteiprogramme in Sachen Familie meistens (nur-) und auch noch ganz selbstverständlich - Frauen ansprechen. Schade eigentlich. Wie wichtig sind doch Väter für die Erziehung von Kindern. Und wie wichtig sind doch die Sicht- und Handlungsweisen von Frauen in den Führungsetagen. Und wie notwendig wäre es, weibliche Kompetenzen und Erfahrungen gerade auch in die Naturwissenschaften einzubringen.

Das eine Grundübel ist die traditionell gelebte, wenigstens aber gedachte Arbeitsteilung zwischen

Frauen und Männern - tief verankert im Alltag, in der Politik, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft. Das andere Grundübel ist die unterschiedliche Wertigkeit zwischen dem, was als typisch weiblich und dem was als typisch männlich erlebt und betrachtet wird: vor allem zwischen den so genannten Frauen- und Männerberufen oder zwischen Familienarbeit und Erwerbstätigkeit.

Moderne linke Geschlechterpolitik will Sand in dieses ungerechte patriarchale Getriebe streuen und greift dabei gleichermaßen die Perspektiven von Frauen und von Männern auf. Eine geschlechtersensible Bildungspolitik (gender mainstreaming) kümmert sich darum, dass die Jungen den Anschluss an die Bildungserfolge von Mädchen finden. Die Schule muss den spezifischen Bedürfnissen von Jungen besser gerecht werden: Lernen durch Experimentieren und Ausprobieren, statt zuhören und stillsitzen.

Eine geschlechtersensible Arbeitsmarktpolitik (auch gender mainstreaming) kümmert sich darum, dass Frauen und Mädchen in ähnlicher Weise Gewinn aus ihrem Bildungserfolg schöpfen, um anzuschließen an das, was Erwerbsarbeit bringt: gutes Einkommen, soziale Sicherheit und persönliche Anerkennung und Befriedigung. Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit! - heißt die Forderung.

Mehr Frauen in Führungspositionen durch familienfreundliche Beschäftigungsmodelle für Frauen und für Männer.

Bildung wirkt.

Ja. Aber wir wollen mehr!

„Wer viel fährt, soll viel zahlen! - MDV beschließt Fahrpreiserhöhung zum 01.08.2009

Am 26.02.2009 wurden im MDV die Fahrpreiserhöhungen zum 01.08.2009 beschlossen.

Wie in jedem Jahr wird diese fahrgastunfreundliche Maßnahme mit steigenden Energiepreisen und vergangenen Lohn- und Gehaltssteigerungen der Beschäftigten im öffentlichen Verkehr begründet. Diese Begründung ist nicht mehr glaubhaft!

Energiepreise, insbesondere für Kraftstoffe, sind seit der letzten Fahrpreiserhöhung deutlich gesunken und die vergangenen Tarifierhöhungen fanden im Frühjahr 2008 statt, sind somit in der Fahrpreiserhöhung zum 01.08.2008 enthalten.

Dieses Jahr sollen vor allen Dingen Fahrgäste mit Monats- und Jahreskarten kräftig zur Kasse gebeten werden.

Begründet wird dies mit der Anpassung der Fahrpreise an das Nutzungsverhalten. Dreister und unehrlicher geht es fast nicht mehr. Offensichtlich ist den Verkehrsunternehmen und den Kommunen die extensive Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch Monats- und Jahreskarteninhaber ein Dorn im Auge?

Würde beim PKW eine von der Nutzung abhängige Kfz-Steuer eingeführt, ginge ein Aufschrei nach Zeder und Mordio durch das Land. Wozu kauft sich der Kunde eine „flatrat“ für den öffentlichen Verkehr, wenn er bei entsprechender Nutzung durch Preiserhöhungen dafür bestraft wird?

So gewinne ich keine neuen Fahrgäste!

Seit langem geht es offensichtlich nur noch darum, dass sich Kreise und Städte aus ihrer Verantwortung gegenüber dem Bürger für einen angemessenen öffentlichen Verkehr zurückziehen und den Verkehrsunternehmen den schwarzen Peter zuschieben.

Schließlich wollen ja die Verkehrsbetriebe mehr Geld!

In diesem Jahr wird für die Tarifzone Halle als Pilotprojekt eine Fahrradmonatskarte zum Preis von • 12,00 neu eingeführt, nachdem im letzten Jahr die bisher in Sachsen-Anhalt geltende kostenlose Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln in Halle einseitig abgeschafft wurde. Aus dieser neuen Fahrradmonatskarte können die Fahrgäste keinen Anspruch auf Fahrradmitnahme gegenüber den Verkehrsunternehmen ableiten. Dies ist unehrlich und dem Image öffentlicher Verkehrsmittel äußerst schädlich!

Den Fahrgästen kann keine Pflicht zum Erwerb gültiger Fahrausweise auferlegt werden, wenn sich hieraus keine Beförderungspflicht der Unternehmen ergibt.

Im Extremfall können Fahrgäste mit Fahrrad und entsprechendem gültigen Fahrschein aus Bus und Bahn nach ein oder mehreren Haltestellen vom Fahrer mit der Begründung das Fahrzeug sei voll wieder aus Bus und Bahn verwiesen werden.

Dies verstößt eindeutig gegen die

gesetzliche Beförderungspflicht der Unternehmen!

DIE LINKE fordert diesen unerträglichen und systemschädlichen Zustand unverzüglich fahrgastfreundlich zu ändern.

Nach 8 Jahren Verkehrsverbund müssen endlich einheitliche Regelungen für die Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln geschaffen werden. Die fahrgastfreundliche Regelung Sachsen-Anhalts muss im gesamten MDV gelten und darf nicht an der Landesgrenze zu Sachsen enden.“

Uwe Heft, MdL, DIE LINKE
Verkehrspolitischer Sprecher

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail info@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - täglich
Auflage: 650 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
05.03.2009
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 19.03.2008

Mehr Vertrauen in die kommunale Gestaltungskraft nötig Zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II in Sachsen-Anhalt

von Karsten Köpp

Nachdem der Bundestag am 13.02.2009 die Gesetze zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II beschlossen hat, folgte nun, nur eine Woche später, der Bundesrat. Zu diesem Gesetzespaket gehört das kommunale Zukunftsinvestitionsgesetz, das für Sachsen-Anhalt ein Volumen von insgesamt 475 Millionen Euro enthält. Bereits zur Landtagssitzung im Januar hatte DIE LINKE in ihrem 11-Punkte-Plan für Sachsen-Anhalt den Vorschlag unterbreitet, den Gesamtbetrag - kofinanziert durch das Land - über zwei Jahre gestaffelt als kommunale Investitionspauschale an die Kommunen auszureichen.

Für eine kommunale Investitionspauschale sprechen aus Sicht der LINKEN nicht nur gute Erfahrungen mit diesem Instrument, sondern auch die Überzeugung, dass die Kommunen am besten in der Lage sind, das Konjunkturprogramm vor Ort zeitnah und sachgerecht umzusetzen.

Von den 475 Millionen Euro soll nach dem Willen der Landesregierung eine Summe von 360 Millionen Euro, also nur knapp 76 %, für kommunale Investitionsvorhaben bereitgestellt werden. Damit liegt Sachsen-Anhalt nicht nur deutlich unter dem, was in Brandenburg, Sachsen oder Nordrhein-Westfalen an die Kommunen weitergeleitet wird. Vielmehr noch und trotz anderslautender Ankündigungen aus dem Regierungslager liegt zudem der Anteil, der von den Kommunen selbständig investiert werden kann, bei mageren 47 Prozent.

Diesen Weg lehnt DIE LINKE ab, weil die vorgeschlagenen Lösungen einerseits zu unnötiger Bürokratie und zu einem erheblichem Zeitverlust bei der Umsetzung des Konjunkturprogramms führen werden. Andererseits scheint die Landesregierung ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber der kommunalen Ebene zu pflegen, der von dem Glauben getragen ist, die Landesregierung wisse allein, was gut und richtig für die Landkreise, Städte und kleineren Gemeinden wäre. Diese Haltung bei CDU und SPD gegenüber den kommunalen Verantwortungsebenen kann jedoch nicht die Grundlage dafür sein, Sachsen-Anhalt in einem gedeihlichen und kooperativen Miteinander zukunftsfähig zu gestalten.

Um die Weichen im Interesse der Kommunen doch noch anders zu stellen, forderte DIE LINKE im Februar 2009 die Landesregierung mit einem Alternativantrag (Drs. 5/1803) auf, die Bundesmittel zu einem Anteil von mindestens 70 % als Investitionspauschale den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Das wäre der Anteil, der den Kommunen laut Bund-Länder-Vereinbarung ohnehin zusteht. Im Sinne der Beschleunigung des Verfahrens forderte DIE LINKE weiterhin, den Kommunen schnellstmöglich Orientierungsdaten bereitzustellen, um dort die entsprechenden Vorbereitungen zu ermöglichen.

Gleichwohl sich DIE LINKE in namentlicher Abstimmung mit ihren Anliegen nicht durchsetzen konnte, wird sie sich weiter im Interesse der Kommunen des Landes stark machen, im Landtag genauso wie in den Landkreisen, Städten und kleineren Gemeinden. Sie will dabei ihren Einfluss auch dahingehend geltend machen, dass alle baulichen Maßnahmen mit der Herstellung von Barrierefreiheit verbunden werden bzw. nur solche Projekte in die Förderung einbezogen werden, die diesen Grundsatz berücksichtigen.

Aus der Stadtratssitzung am 25.02.2009

Der Haushalt ist beschlossen! Die Abstimmung war auch deshalb spannend, weil eine Woche zuvor im Finanzausschuss der Haushaltsentwurf nicht bestätigt wurde. Mit ca. 650 Millionen Euro an Einnahmen rechnet die Stadt Halle (Saale) in diesem Jahr, die Ausgaben werden nun - durch einige Anträge, die im Vorfeld auf diese Abstimmung bestätigt wurden, auf 680 Millionen ansteigen! 30 Millionen „Miese“ - also wieder kein ausgeglichener Haushalt!.

In den einzelnen Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsentwurf wurde der Wahlkampf deutlich! Unsere Fraktion stimmte mehrheitlich gegen den Haushalt. Gründe waren zum einen die Kürzungen im Bereich der freiwilligen Leistungen, insbesondere im Kulturbereich, aber auch beim Personal. Bodo Meerheim hat u. a. in seiner Rede zum Haushalt deutlich gemacht, dass es sich nicht um strukturelle Einsparungen handelt. Im nächsten Jahr werden wir also vor den gleichen Aufgaben stehen! Wieder prangerte er die Haushalts Ehrlichkeit und -wahrheit an. Es gibt Positionen im Haushalt, die nicht konkret umgesetzt sind.

Nicht beschlossen wurde die geplante Satzung für Kindergartengebühren. Unsere Fraktion hatte immer betont, dieser Vorlage keine Zustimmung zu geben. Ein wichtiger Grund für die Mehrheit im Stadtrat war, dass es keine Geschwisterermäßigung mehr gibt. Auf der Bundesebene wurde das Gesetz entsprechend geändert, auf der Landesebene noch nicht. Bis zur endgültigen Klärung werden neue Gebühren für die Kitas nicht erhoben.

Beschlossen wurde - mit vorwiegend Enthaltungen aus unserer Fraktion - der Konzessionsvertrag für die Fernwärmeversorgung. Hinter dieser Vorlage verbirgt sich, dass die Stadt Halle (Saale) 300.000. Euro von den Stadtwerken verlangt, weil diese ihre Versorgungsrohre für die Heizwärme im Boden, der städtisch ist, verlegt haben. Das bedeutet auch, dass die Kunden der Fernwärme der Stadt Halle im Durchschnitt 4,61 Euro mehr bezahlen müssten, wenn diese auf die Bürger umgelegt werden. Und davon kann man ausgehen!

Nun endlich wurde auch die

Aufruf des Arbeitskreises Gedenktage / Gedenkstätten zu den Gedenkfeiern im März

13. März 13.00 Uhr an der Gedenktafel Burgstr./Ecke Riveufer zum Gedenken an den Blutfreitag im Volkspark/Halle - im Anschluss -

13. März 14.30 Uhr Hafenterrasse (Nähe Böllberger Weg) zum Gedenken an die Ermordung von Karl Meseberg vor 90 Jahren.

Schulentwicklungsplanung beschlossen. Einige Änderungen wird es geben! Die Sekundarschule „Friedrich Schiller“ wird nicht mehr beschult, eine Fusion wird es durch die Grundschulen in der Hans-Dittmar-Straße und der Grundschule „Eisler“ geben. Nicht zustimmen konnten die Stadträte der Empfehlung der Verwaltung, Schulbezirke für Gymnasien einzurichten.

Unsere Fraktion stimmte dem Vor-

schlag zu, eine Bedarfsanalyse für eine erneute Gesamtschule zu erstellen. Aber alle anderen Fraktionen sahen diesen Bedarf nicht, meinten eher, dass durch eine weitere Gesamtschule der Bestand der jetzigen Schulen in Gefahr gerate. Beschlossen wurde mit großer Mehrheit eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Jiaxing, auch der Weiterbau der Delitzscher Straße und der Ausbau (Umgestaltung) der Beesener Straße fanden die erforderliche Mehrheit.

Auch das Thema „Verkauf der VNG-Aktienanteile“ war wieder auf der Tagesordnung. Es wurde einsogenannter, „Vorratsbeschluss“ gefasst. Vom Landesverwaltungsamt wird derzeit geprüft, ob der Stadtrat am Verkauf der Anteile beteiligt werden müsste. Mit dem Antrag kann nun sichergestellt werden, dass keine Sondersitzung des Stadtrates einberufen werden muss, falls das Landesverwaltungsamt diese Beteiligung feststellen würde. Unser Dringlichkeitsantrag zur Prioritätensetzung der Vorhaben aus dem Konjunkturprogramm II fand keine Mehrheit. Wir werden ihn regulär zur nächsten Sitzung einreichen.

Verabschiedet haben wir Franziska Godau als Stadträtin unserer Fraktion. Franziska wird ihren Hauptwohnsitz nach Leipzig verlegen und sich auch dort weiter politisch engagieren.

Wir wünschen ihr viel Erfolg!

Es war eine lange Sitzung, die Tagesordnung wurde dieses Mal nicht geschafft!

Ein Teil der Beschlussvorlagen, Anträge und Anfragen wurde auf die nächste Sitzung verschoben!

Ute Haupt, Stadträtin

Erosion des Sozialstaates auf Kosten von Frauenberufen und deren Einkommensstruktur

Zum Internationalen Frauentag erklärt die gleichstellungspol. Sprecherin der Fraktion Birke Bull:

„Politik trägt ein Gutteil Verantwortung für die auseinanderklaffende Einkommensschere zwischen Männern und Frauen. Trotz besserer Schulabschlüsse - die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nahezu unverändert. Frauen werden Karrierechancen verwehrt, Frauen verdienen im Schnitt 23 % weniger als ihre Männer.

Mädchen wählen nach wie vor so genannte Frauenberufe. Attraktiver sind sie dadurch nicht geworden, besser bezahlt werden sie auch nicht.

Politik ergeht sich derweil in Appellen an die Wirtschaft, auf die Kompetenz von Frauen nicht zu verzichten. Über die eigenen Hausaufgaben wird geschwiegen: Pflegeberufe, Gesundheitsberufe, Berufe in sozialen Bereichen sind auf die Finanztöpfe der Versicherungssysteme und staatliche Unterstützung angewiesen. Das sind zudem alle Bereiche, in denen die finanziellen Ressourcen in den vergangenen Jahren immer weiter eingeschränkt wurden. Nur ein Beispiel: Im Bereich der Förderung von Menschen mit Behinderungen - eine ganz typische Frauendomäne - sind die finanziellen Mittel in den vergangenen Jahren immer weiter zurückgefahren worden. Tarifierhöhungen sind in diesen Bereichen ebenso unbekannt wie die Gewährung eines Inflationsausgleichs. Viele Sozialverbände sind zu Haustarifen gezwungen, die in aller Regel Einkommenseinbußen mit sich bringen - und zwar nahezu vollständig für Frauen.

Angesichts der demografischen

Entwicklung werden aber vor allem in diesen Bereichen qualifizierte Fachkräfte gebraucht. Guter Lohn für qualifizierte Arbeit ist auch hier die Forderung der LINKEN. Ein Gutteil der Verantwortung für die auseinanderklaffende Einkommensschere zwischen Männern und Frauen ist hausgemacht. Die Erosion des Sozialstaates ging in erster Linie zu Lasten von Frauen.

In der Verantwortung von Bund

und Land liegt es, dafür auch die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen - ein erster Schritt auf dem Weg zu gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit!

Neben die Forderung nach Entwicklungsmöglichkeiten für Frauen in den zukunftsträchtigen Männerberufen gehört also auch die Forderung nach Aufwertung von professioneller Arbeit in den traditionellen so genannten Frauenberufen.“

Unterstützung für Olbertz - Neueinstellung von Lehrerinnen und Lehrern im Nachtragshaushalt verankern

Zur Forderung von Kultusminister Olbertz, mehr neue Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, erklärt der Vorsitzende der Fraktion Wulf Gallert:

„Die Forderung des Kultusministers ist so legitim wie folgerichtig, wenn auch die bis jetzt avisierten Zahlen nicht für eine stabile Entwicklung der Schullandschaft ausreichen. Sollte es Herr Olbertz mit seinen Forderungen allerdings ernst sein, dann wird er nicht umhin können, die entsprechenden Forderungen der LINKEN aufzunehmen und für diese einzutreten.

Seit Jahr und Tag fordert DIE LINKE einen Einstellungskorridor von jährlich mindestens 700 anstatt der vorgesehenen 300 Beschäftigten für den öffentlichen Dienst, dies angesichts der demografischen Entwicklung, der Schaffung von Perspektiven für junge Leute hier im Lande und natürlich auch mit Blick auf die drohende Entwicklung an den Schulen in Sachsen-Anhalt.

Bereits zum Doppelhaushalt 2008/2009 hatte DIE LINKE gefordert, die staatlichen Seminare insgesamt um 100 Studienplätze aufzustocken und entsprechend auszustatten. Schließlich war die drohende Perspektive bereits damals absehbar.

Wenn der Kultusminister seine berechtigten Forderungen durchsetzen will, dann muss er jetzt, bei der Erarbeitung des angekündigten Nachtragshaushalts handeln, das ist vorerst die einzige Chance, die erforderlichen Neueinstellungen im Haushalt zu verankern.

An mangelnder Unterstützung durch DIE LINKE wird Herr Olbertz im Landtag ganz gewiss nicht scheitern.“

Die Weichen sind gestellt

Die Ziele des Bundesparteitages und der Bundesvertreterversammlung vom 28. Februar und 1. März in Essen sind erreicht: DIE LINKE hat ein Wahlprogramm und eine Kandidatinnen- und Kandidatenliste zur Europawahl am 7. Juni 2009.

Wir sind gut aufgestellt.

Wie keine andere Partei prägt DIE LINKE seit ihrer Gründung im Juni 2007 die politischen Debatten in diesem Land und gewinnt an Wählerinnen und Wählern sowie an Mitgliedern hinzu. Das ist so, weil wir mit dem Nein zu Hartz IV, zur Rente ab 67 und zu deutschen Soldaten in Afghanistan ebenso Positionen der Bevölkerungsmehrheit vertreten, wie mit unserem Ja zu gesetzlichen Mindestlöhnen, zu öffentlich geförderter Beschäftigung und zu einer Millionärssteuer. Auf ihrem Kongress im Revier hat DIE LINKE klar gesagt: Die Zeche für die Folgen der gewaltigen Finanz- und Wirtschaftskrise müssen jene tragen, die sie herbeigeführt haben - nicht die Arbeitslosen, nicht die prekär und gefährdet Beschäftigten, nicht sich selbst ausbeutende kleine Unternehmerinnen und Unternehmer und schon gar nicht die Kinder und die Seniorinnen und Senioren. DIE LINKE ist hierzulande und in Europa eine konsequent soziale Kraft, das ist die Kernbotschaft unseres Wahlprogramms. Wir wollen ein Europa mit hohen sozialen Standards und gleichen Rechten für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir wollen eine koordinierte europäische Wirtschaftspolitik und eine europäische Wirtschaftsregierung, wie sie selbst der französische Staatspräsident Sarkozy vorgeschlagen hat. Wir wollen eine demokratische Europäische Union und lehnen auch daher den Vertrag von Lissabon ab.

Unser Wahlziel von zehn Prozent plus X ist auch deshalb realistisch, weil wir mit einer gut besetzten Liste zur Wahl antreten. Darüber, dass unser Parteivorsitzender Lothar Bisky an der Spitze dieser Liste steht, freute ich mich ganz besonders, denn Lothar hat maßgeblich die Partei der Europäischen Linken mit jetzt über 400.000 Mitgliedern auf den Weg gebracht und ist heute deren Vorsitzender.

Der Europaparteitag in Europas Kulturhauptstadt 2010 traf auch die Verabredung, geschlossen in den Wahlkampf zu ziehen. Wir verfügen über einen großen gemeinsamen politischen und programmatischen Vorrat, so dass es möglich sein wird, einheitlich aufzutreten und das ein wenig zur Seite zu stellen, was wir noch miteinander diskutieren und entscheiden

müssen. Allen, die zum Erfolg des Parteitages beitragen, danke ich herzlich. Den Delegierten, Vertreterinnen und Vertretern, die gleichermaßen engagiert wie diszipliniert gearbeitet haben, und den vielen ehren- und hauptamtlichen Organisatorinnen und Organisatoren, von denen ich die Helfer aus dem gastgebenden Landesverband Nordrhein-Westfalen besonders nennen will. Mit den Ergebnissen von Essen und bereits zuvor getroffenen Entscheidungen zu Inhalt und Organisation des Wahlkampfes sind für den 7. Juni die Weichen gestellt.

In Richtung Wahlerfolg natürlich!
Dietmar Bartsch

WAHLEN 2009
Original sozial.



Erwin Bartsch und Rudenz Schramm gratulieren Willi Sitte zum 88. Geburtstag.